

# Sächsische Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

№. 182. für Anhalt und Thüringer. Jahrgang 197.

Zweite Ausgabe  
Freitag, 18. März 1904.  
Geschäftsstelle in Berlin, Bernauerstr. 3.  
Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

### Deutsches Reich.

Halle a. S., 18. März.

**Ein Rückblick des Zentrums an die Sozialdemokratie.**  
Die „Sächsische Volkszeitung“ gibt sich die ganz deplazierte Mühe, den Einbruch der scharfen parlamentarischen Stampfungen gegen die Sozialdemokratie abzumildern. Es läßt sich nicht leugnen, daß die sozialdemokratische Parteileitung infolge der sehr läßlichen parlamentarischen Lage der „Genossen“ sehr verstimmt und verlegen ist. Wiebel hat einen vollständigen Rückzug angetreten und sein Dresdener Auftreten küßig verweigert. Die sozialdemokratische Presse schämt zwar nach Dresdener Art, bemüht sich aber, die Partei möglichst reaktionistisch erscheinen zu lassen. In diesem Moment kommt das führende Zentrumslager vom Rhein und befragt die „Scharimännerchen“ im Reichstage um im Angeordnetenhaus.

Wenn — so heißt es dann weiter — die Arbeiter sich einfinden sollten, durch scharfe Worte die Sozialdemokratie gerichmetern zu können, so sind sie ungemein naiv. Sie müssen sich ja wohl einbilden, ihre Reden seien Großthaten und würden von den Sozialdemokraten als Keulen fähig empfunden, sonst könnten sie sie unmöglich halten. In Wirklichkeit aber liegt die Sache so, daß die Sozialdemokraten sich über diese Reden u. g. m. einfinden. Daß den großen Worten so bald keine Tatsachen folgen werden, wissen sie ganz genau. Aber wie viel Kapital läßt sich daraus schöpfen.

Die „Sächsische Volkszeitung“ verwechselt hier die Begriffe vollkommen. Die Konserverativen haben niemals den Wert auf schmeißige Worte gelegt und damit die Sozialdemokraten gerichmetern zu können gelangt. Das war aber die Meinung des Zentrums und der bürgerlichen Demokratie, die mit ihren „geißigen Bässen“ die Verstimmlung herbeiführen wollten. Wie weit sind sie damit gekommen? Die Konserverativen verlangen dagegen Tatsachen, und sie werden nicht milde werden, dieses Verlangen zu wiederholen. Wenn die Sozialdemokraten „ganz genau“ wissen, daß der großen Worten sobald keine Tatsachen folgen würden, so ist die Willkürhaftigkeit auf dem traurigen Verhalten des Zentrums begründet, das solche Tatsachen fast freier ausfallender Stellung im Reichstage zu verhindern sucht.

Und aus was jucken die heuchlerischen und verlogenen Sozialdemokraten denn kein Kapital zu schlagen? Wir meinen auch, das Zentrum hat hierzu schon namhaften Beitrag geliefert. Die „Sächsische Volkszeitung“ weiß mit Recht darauf hin, daß die Arbeiter in ihrem seit Jahren künstlich genährten Mißtrauen immer bereitwilliger das Zentrumsmißverständnis annehmen. Wenn aber das reaktionäre Zentrumslager einmal sein eigenes Verhalten genugsam prüfen und beispielsweise auch das Verhalten der Zentrumspartei bei dem sogenannten Arbeitswilligengehe einer Nachprüfung unterziehen wollte, so würde es finden, daß es redet viel an künstlicher Nahrung des Mißtrauens der Arbeiter gegeben ist.

Wir wollen ja nicht annehmen, daß auch die „Sächsische Volkszeitung“ der bis jetzt ohne Widerspruch gebliebenen Auslassung des bayerischen Zentrumsgesandten Dr. Kohl bestimmt, wonach das Ansehen der Sozialdemokratie eine für die Zentrumspartei günstige „Führung der göttlichen Vorlesung“ sei. Aber das kann nicht wohl bestritten werden, daß die Schulmeister gegenüber konserverativen Vorkämpfern gegen die Sozialdemokratie für diese Partei ein willkommener Nebenbenedikt ist.

\* § 2. In der zweiten Kammer des sächsischen Landtages beantragte Kassiusminister v. Seydewitz eine von fast sämtlichen Mitgliedern der Kammer unterzeichnete Interpellation wegen der Stellung der Regierung zur Aufhebung des § 2 des Neuntagesgesetzes. Der Minister erklärte unter lebhaftem Beifall der Kammer, die sächsischen Stimmen im Abgeordnetenhaus seien gegen die Aufhebung des Paragraphen ausgefallen worden. Die Regierung sei der Ansicht, daß die Bestimmung im § 56 Absatz 2 der sächsischen Verfassungsartunde: Es dürfen weder neue Klöster errichtet, noch Jesuiten oder irgend ein anderer geistlicher Orden jemals im Lande aufgenommen werden, durch die Aufhebung des § 2 nicht berührt werde. Es sei ganz natürlich, daß die sächsischen Minister, die sämtlich evangelischen Bekenntnisses seien und daher das Verbotnis der großen Mehrheit des sächsischen Volkes teilten, gegen die Aufhebung des § 2 des Neuntagesgesetzes sich erklären müßten, daß dieses Verbotnis der Minister aber auch die volle Zustimmung des Anhängers gefunden habe, das verbotnis der hiesigen Pfanden, das befunde eine so weit gehende Nichtachtung auf das religiöse Empfinden eines großen Teiles ihrer Untertanen, daß das sächsische Volk voller Zuversicht in die Zukunft bilden dürfe. Nach Begründung der Interpellation sprach Abgeordneter Dr. Vogel der Regierung und dem König den Dank des Volkes für ihr das Land befriedigendes Verhalten aus. Auch die obdenburgische Regierung hat im Bundesrat gegen die Aufhebung des § 2 des Neuntagesgesetzes gestimmt.

\* Die Regelung des Reichshaushalts. Dem Reichstage ist der Entwurf eines Gesetzes betr. die vorläufige Regelung des Reichshaushalts für die Monate April und Mai 1904 ausgegangen. Er lautet:

§ 1. Bis zur gelegentlichen Feststellung des Reichshaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1904 und vorbehaltlich der Änderungen, die sich durch die Feststellung ergeben, wird über den Reichshaushalt für die Monate April und Mai 1904 folgendes bestimmt:  
Von den durch den Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1904 festgesetzten Summen und von den Rückstellungen können  
a) bei den fortwährenden Ausgaben innerlich der Grenzen bei den einzelnen Kapiteln und Titeln kein Betrag;  
b) bei den einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats, insoweit letztere für Zwecke bestimmt sind, die in dem der Beratung des Reichstages unterliegenden Entwurf des Reichshaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1904 unter den einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats nicht enthalten sind,  
für die Monate April und Mai 1904 je  $\frac{1}{2}$  zuzüglich beizugehender Mehrbeträge veranschlagt werden, die zur Erfüllung der auf einen längeren Zeitraum im voraus fälligen Verbindlichkeiten erforderlich sind. Die Ausgabe nach dem Etat über den Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1904 an die Reichsämter und an die Reichsämter zur Bewahrung von Beiständen an lebensbedingte Kriegsteilnehmer unter Kapitel 83, Titel 4, der fortwährenden Ausgaben für die Monate April und Mai 1904 von einer Summe von 11 000 000 Mark zu berechnen.

1. Für Leistungen der Mannschaften des Beurlaubtenstandes kann die Mittelverrechnung bei dem am 1. April 1904 im Jahresstat für 1903 in Antrag gebrachten Summen verbleiben.  
2. Die Materialbeiträge sind bis je zum zwölften Teil der durch den Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1903 festgestellten Summen von den Bundesstaaten einzuführen.  
3. Die nach den festgestellten Bestimmungen für die Monate April und Mai 1904 sich ergebenden Einnahmen und Ausgaben werden bei den einzelnen Kapiteln und Titeln auf die Einnahmen und Ausgaben des Reichshaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1904 verrechnet.

§ 2. Der Reichstagler wird ermächtigt, zur vorübergehenden Befriedigung der ordentlichen Bedürfnisse der Reichsämter nach Bedarf, jedoch nicht über den Betrag von 275 000 Mk. hinaus Schenkungsanweisungen auszugeben.  
§ 3. Der Reichstagler wird ermächtigt, für das Reichsamtverordnetenamt auf das Rechnungsjahr 1903 gilt mit der im § 1, Absatz 1 a bezeichneten Maßgabe auch für die Monate April und Mai 1904.

\* Reichstagsbeschlüsse. Für den bei der Reichstagsberatung im Reichstagsamt am 17. März 1904 gehaltenen Plenarbeschlüssen sind dem „Reformer Tagesblatt“ zufolge 12 330 Stimmen abgegeben worden, wovon der deutsche Reichstag 4, Württemberg 3401 Stimmen erhielt.

\* Petition der Landwirtschaftskammer zu Halle. In der gestrigen (Donnerstag) Sitzung der Petitionskommission des Abgeordnetenhauses kam eine Petition der Landwirtschaftskammer zu Halle zur Verhandlung betreffend die Verlegung eines historischen Gebäudes durch Unterführung eines elektrischen Bahnhofs. Infolge eines Antrages der Oberrechnungskammer war in einem besonderen Falle die Höhe der Pacht nach dem Nutzen bemessen, welcher dem betreffenden Pächter durch die zu Verlegung des historischen Gebäudes erwirkt, während die Landwirtschaftskammer in diesem wie in ähnlichen Fällen eine geringe Anerkennungsgeld für angemessen hält. Die Kommission trat einstimmig dieser Ansicht bei und überreichte die Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung.

\* Bau von Kolonialbahnen in Bayern. Der bayerischen Kammer der Abgeordneten ist im Gesetzentwurf zugegangen, der für den Bau von 30 Kolonialbahnen im reaktionistischen Bayern und der Pfalz insgesamt 38 700 000 Mk. fordert.

\* Die ausgerichteten russischen Einheiten. Die Zahl der ausgerichteten russischen Einheiten beläuft sich auf 14; sie heißen: Wlger, Combe, Silberberg, Wandelscham, Nikitin, Wachtin, Wärsin, Wärsin, Stolper, Nislin, Gollits, Dr. Surin, Söberg, Wiet. Die Wärsin der Grenze ist ihnen zugeordnet.

\* Zur Mittelmeerfahrt des Kaisers. Der Wambier „König Albert“ und der Kreuzer „Friedrich Karl“ haben Kap Carvoiro (portugiesisch) Donnerstag morgen 7 1/2 Uhr auf der Weiterfahrt nach dem Mittelmeer abgefahren.

\* Prinz Eitel Friedrich besuchte Rotterdam, Haag und Amsterdam im strengsten Anonymo.

\* Der weltliche Oberpräsident des Evangelischen Oberkirchenrats Oberkonfessionar Kraum hat um Verlegung in den Anstehenden nachgesucht.

### Deutscher Reichstag.

61. Sitzung vom 17. März, nachmittags 1 Uhr.  
Am Bundesratstag: v. Tzipitz, Dr. Stübel, Dr. Nieberding.

Das Haus tritt zunächst in die erste Beratung des zweiten Nachtrags- und Ergänzungsetats für die Reichsämter ein.  
Abg. Dr. Seydewitz (Zent.) erklärt, daß mit Rücksicht auf den ersten Nachtragsentwurf eine Verweisung dieser Vorlage an die Budgetkommission angebracht ist. Der Etat kommt trotzdem noch vor dem 1. April fertiggestellt werden. Veranlaßt werde ich zu diesem Antrage zunächst durch die Forderung für einen Rahmbau, die nur eine Rate betrifft. Dem Gesetz wird im letzten Falle der Umfang, daß die durch den Gesetzesentwurf geschätzten Aufwände mit zwei Millionen Mark einsehend sein sollen.

Abg. Dr. Stodmann (Sp.) zur Geschäftsordnung: Es erweitere den Antrag Seydewitz, daß der ganze Etat für die Reichsämter an die Kommission übergeben werden soll. Dieser sind nur zwei Titel des Budgetentwurfes, die Kommission verurteilt, es wird aber angebracht sein, den Nachtrags- und den Ergänzungsetat mit dem Hauptetat zu einem Ganzen zu verarbeiten.

Abg. Webel (Soz.): Die Kosten, die hier gefordert werden, sind außerordentlich hoch. Bis jetzt sind 12 Millionen Mark gefordert ohne die Kosten für die jetzt hinausgehenden Truppenverrichtungen. Der Hintergrunde liegt eine dauernde Erhöhung der Reichsamtstraftruppe; die Entschädigung der Minister wird schon jetzt auf 6 bis 8 Millionen geschätzt. Viele würden jetzt den Kopf anheben der Kosten der China-Expedition, sie werden auch noch über die Reichsämter zum Kopf schütten kommen. Wir müssen und doch einmal fragen: Welches

sind die Gründe dieses Aufwandes? Die Dämflin hat den Herrero das Kriegsmaterial weggenommen. Dazu kommt das Verhalten der Dämflin. Das Gouvernement sehr die Verjährungsfrist für Forderungen an Herrero von 4 auf 1 Jahr herab. Das hat zur Folge, daß die untauglichen Händler sofort ihre Klagen anhängig machen; 126 000 Einreichungsformulare werden eingereicht — das lagt alle. Die Leute, die nach den Kolonien gehen, sind oft recht gewöhnliche Charaktere, die die Schwärzen geringschätzig ansehen, und um allem der lächerliche Bureaukratismus. Was müssen die freien Herrero dazu sagen, wenn die Lösung von Jagdplätzen zur Erlangung der Schafale vorgezogen wird. (Bezeugung.) So sind eine Menge von Märgeln getroffen worden. Es liegen Nachrichten vor, die zeigen, daß Herrero wohl daß und Bitterkeit die weißen Männer worden und abschlechten; aber das Verhalten der Herrero gegen die Frauen ist für alle Grade geradezu beständig. Ich beweise, daß die Herrero Frauen etwas Geduldes passieren könnte bei unseren Soldaten. (Lärm ruft und in der Mitte. Sehr richtig! k. b. Soz.) Ich habe mich bei Herrn Seydewitz gegen die Minister ausgesprochen, die den Budgetaufwand mit veranlaßt haben. Ich leide nicht an Präsenzfieber, der findet sich besonders in liberalen Kreisen. Gewisse Kolonialfreie meinen sich, daß der Aufwand ausgebrochen ist, weil er ihnen den Vorwand bietet, ihren ihr Land zu netzen. Für eine solche Politik und ihre Forderungen haben wir nur ein faires, festes Ziel (Beifall k. b. Soz.)

Abg. Bahig (Nl.): Es ist gut, daß es bei den Herrero keine Zeitungen gibt. Aber es ist gut, daß patriotischen Standpunkte aus, den Worten des Abg. Webel zu widersprechen, damit sie nicht den beschränkten Einbruch machen in den Ländern, in denen Zeitungen gelesen werden. Ich werde den Abg. Webel nie überreden, daß wir in den Kolonien eine Kulturauflage zu erfüllen haben. (Lärm bei den Soz.) Wir müssen zeigen, daß wir eine wirtschaftliche Kolonialpolitik sind. Ich halte es für durchaus nötig, daß wir planmäßig und mit dem nötigen Nachdruck von vornherein den Aufwand niederkämpfen. Die Forderungen der Reichstagsmitglieder werden aber zu bewilligen sein. Der Herrero, Abg. Stodmann stimmen mir zu, wir haben aber den Wunsch, daß die freie Nachtragsentwurf noch vor den Ferien erledigt werden. Für die Bewältigung von Entschädigungen Reichsmitglied in Anspruch zu nehmen, halte ich für unbedenklich. Alle bürgerlichen Parteien sollten den schillernen Einbruch verhindern, den zur Schließung unserer Kolonialanstalten, der Abg. Webel an dem Ende verurteilt hat. (Beifall Reichsamt.)

Kolonialdirektor Dr. Stübel: Was die vom Vordere mit großen Wohlwollen behandelte Entschädigungsbeträge betrifft, so ist die Kolonialverwaltung der Ansicht, daß es sich um eine moralische Verpflichtung wie um ein Gebot der Billigkeit bei diesen Verhältnissen handelt. Die Webel würde sich unter dem Namen des Deutschen Reiches niederlassen haben, müssen vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch bewahrt werden. Die Einen behaupten, daß die Webel zu hart verfahren seien, die Anderen, der Gouverneur habe mit seinen Webeln die Schuld. Daß auf verschiedenen Seiten Fragen gestellt sind, ist ungenügend. (Lärm k. b. Soz.) Die Einführung einer neuen Verjährungsfrist für Kreditobligate hat auf keinen Fall die Empörung hervorgerufen. Möglich ist, daß einen Anlaß die Einführung der neuen von Truppen und Landbesitzung geboten haben. Für die Behauptung einer Erhöhung von Frauen und Kindern steht in dem Budget, wo deutsche Truppen in Schicksal gegen die Herrero in Anspruch zu nehmen. Die Ehe Deutschlands erfordert aber die Niederwerfung des Aufwandes mit allen Mitteln. Der Aufwand wird niedriger werden, wenn die Webel zurück der Äußersten Rufen. (Geister und Beifall.)

Abg. v. Hermann (Nl.): Wie werden dem Antrage Stodmann zustimmen. Der Reichstagler Kolonialpolitik und des Etats gehalten wird vor für die Beratung nach der Erörterung in der Budgetkommission. Ganz entschieden legen wir Verwahrung ein gegen die Vorrede des Abg. Webel über die Herrero; wir behaupten auch nicht, daß im Deutschen Reichstage eine solche Rede gehalten werden kann in dem Augenblicke, wo deutsche Truppen in Schicksal gegen die Herrero in Anspruch zu nehmen. Wir haben einen großen Anteil der Vaterlandsliebe. (Beifall rechts und in der Mitte.)

Abg. Niebler (fr. Sp.): Der gegenwärtige Augenblick scheint nicht geeignet, um in weitere Verhandlungen über die Kolonialpolitik einzutreten, wo deutsche Truppen im Kampfe mit den Herrero sind und Leben opfern. Jetzt kommt es darauf an, Leben und Eigentum unserer deutschen Landsleute sicher zu stellen. (Sehr richtig und leb. Beifall.) Wenn dies geschehen ist, werden wir reichhaltiger und auf Grund besserer Informationen die einschlagenden Fragen beurteilen können als heute. (Sehr richtig rechts, Beifall, andauernd Beifall auf allen Seiten des Hauses mit Ausnahme der Soz.)

Abg. Schröder (fr. Sp.): Wir können die Verantwortlichkeit nicht auf uns nehmen, das zu verweigern, was für die Selbstverpflichtung notwendig ist. Im Augenblicke ist es nicht angebracht, über die Ursachen jener Vorgänge zu verhandeln. Es muß auf jeden Fall geschlossen werden.

Abg. Dr. Wrensch (Sp.): Die Ausführungen der beiden Redner werden geachtet, daß wir in dem Augenblicke einzig sind, wo es sich darum handelt, die Ehe des deutschen Namens wieder herzustellen. Wir dürfen nicht eher ruhen, bis die Herrero völlig entzweit sind.

Abg. Graf Bismarck (Nl.): Wir können für die Verantwortlichkeit an die Kommission, auch wenn es nicht für sich richtig, jetzt in eine Erörterung der Gründe des Aufwandes einzutreten und über das, was nach dem Aufwande geschehen soll. Dem Vorlesung des Abg. Schröder, den Herrero Waffen zu lassen zum Schutze gegen die Mandarier, könnte ich zustimmen, wenn es Webel nur gegen Mandarier gälte und nicht zugleich auch gegen die Mandarier. (Beifall.) Wie Webel hat uns im Hintergrunde der Handlung gefordert; ich gebe zu, daß vieles von diesen Dämflin verlesen worden ist. Er hat aber falsch gesagt, wenn die Dämflin in die Hände der Herrero fallen, werden sie „aufreißend“ bestraft. Ich bitte ihn, sich einmal die Einzelheiten dieser „entprenden“ Bezeichnung zu vergegenwärtigen. Nach dem Schicksal der Mandarier heute greift das Verhalten auch die Herzen des gesunden Mannes an. Der Sünder wird an einem Baum gebunden und dann nehmen junge Herrero einen gewisse Prozedur vor mit Hilfe von zwei Steinen. Wenn der Abg. Webel in dieser Bezeichnung eine für Europäer „entprende“ erklärt, so gibt mir das einen physiologischen Schluß für seine weit sonst unapostrophischen Aus-





